

Finanz - und Wirtschaftskrise vor 10 Jahren



Grafik: pixybay, gemeinfrei

Das Weltfinanz- und Wirtschaftssystem stand am Abgrund. Aus fragwürdigen Spekulationsgeschäften mit amerikanischen Hauskrediten wurde eine globale Liquiditäts- und Vertrauenskrise zwischen den Banken. Die Finanzkrise hielt die Welt für viele Monate in Atem. Die Aktienkurse rauschten in den Keller, ein großes Finanzhaus nach dem anderen meldete Milliardenabschreibungen oder musste Insolvenz anmelden. Fast täglich erreichten neue Hiobsbotschaften die Finanzmärkte. Die Regierungen rund um den Globus versuchten, die panische Finanzwelt zu beruhigen. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wurden Lösungen gesucht, um das Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise zu begrenzen. Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland war 2009 im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozent gesunken. Das war der stärkste Rückgang der Nachkriegszeit.

Mit einer Politik des billigen Geldes steuerten die Zentralbanken gegen die Krise. Bezahlt wurde die Krise vom Steuerzahler. Mit rund 60 Milliarden Euro war der deutsche Steuerzahler dabei. Banken wurden mit staatlichen Milliarden gestützt. Die Folgen der schwächelnden Wirtschaft – sinkende Steuereinnahmen, explodierende Arbeitslosigkeit, steigende Sozialausgaben und Rettungsmilliarden für Banken – belasten die Staatshaushalte besonders in den schwächeren Ländern des Euroraums. Die Folge war die *Eurokrise*. Ein Euroland nach dem anderen drohte, in die Zahlungsunfähigkeit abzugleiten. Aufgrund der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) verloren die Sparer hunderte Milliarden an entgangenen Zinsen, dafür waren Kredite billig. Die Anleger wanderten in den Aktien- und Immobilienmarkt ab. Der DAX verdreifachte sich seit 2009, Immobilien sind heute so teuer wie nie zuvor.

Zeitschrift Deutschland & Europa 59 - 2010

Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa



Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa beschäftigt sich die soeben erschienene Ausgabe der Zeitschrift "Deutschland & Europa".

In zehn Beiträgen werden Ursachen, Hintergründe und Auswirkungen der Krise beleuchtet und auf die Rolle der Europäischen Union eingegangen. Den Krisen in Irland und Großbritannien sowie im östlichen Europa sind eigene Aufsätze gewidmet. Historische Bezüge, wie die Weltwirtschaftskrise von 1929 oder globale Aspekte, wie die Rolle des Internationalen Währungsfonds, vervollständigen das Heft. *mehr*

Die Welt steckte in der schlimmsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren. Damals wie heute waren es zu viel Spekulation, zu viel Vertrauen in die Mechanismen der Finanzmärkte und zu wenig Regulierung derjenigen, die die Krise losgetreten hatten. Die Aktienkurse rauschten in den Keller, ein großes Finanzhaus nach dem anderen meldete Milliardenabschreibungen oder musste Insolvenz anmelden. Fast täglich erreichen neue Hiobsbotschaften die Finanzmärkte.

Die Regierungen rund um den Globus versuchten, die panische Finanzwelt zu beruhigen und bei den Konsumenten wieder Vertrauen zu schaffen. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wurden Lösungen gesucht, um das Ausmaß der Krise zu begrenzen.

Um die deutsche Wirtschaft zu stützen, hatte die Bundesregierung neue Konjunkturprogramme beschlossen. Die Verstaatlichungen beziehungsweise die Teilverstaatlichungen von Banken auf nationaler Ebene waren ein Rettungsversuch. Die führenden Wirtschaftsinstitute waren sich einig, dass die Krise in immer stärkerem Maße auch auf die Wirtschaft übergreift. Um den Finanzmarkt zu stabilisieren, hatten Bundestag und Bundesrat ein 500-Milliarden-Rettungspaket verabschiedet.

"Wir haben es mit Exzessen der Märkte zu tun. Aufgabe des Staates in einer sozialen Marktwirtschaft ist Kontrolle. Der Staat ist Hüter der Ordnung."

(Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer *Regierungserklärung* am 15. Oktober 2008)

Wie kam es zur Finanzkrise?

Die **Subprime-Krise** gilt als Auslöser der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Jahrelang steigende Immobilienpreise in den USA, die sich zu einer Immobilienblase entwickelt hatten, stagnierten und fielen sogar gebietsweise. Gleichzeitig konnten immer mehr Kreditnehmer ihre Kreditraten nicht mehr bedienen, teils wegen steigender Zinsen, teils wegen fehlender Einkommen. Problematischen Kreditnehmern (subprime - Hypothekenkredite mit geringer Bonität) wurden nach anfänglich niedrigen Zinsen mit immer höheren Zinsen belastet. Mit einer Umschuldung sollte dann der teure Kredit für die nun im Wert gestiegene Immobilie getilgt werden und ein neuer Kredit aufgenommen werden. Mitte 2006 brachen die Immobilienpreise allerdings ein, das Geschäftsmodell funktionierte nicht mehr.

Verschärft wurde die Situation durch waghalsige Konstruktionen: Um sich selbst zu refinanzieren, bündelten die Immobilienbanken die risikoreichen Kredite zu neuartigen Wertpapieren, die weltweit an Investoren verkauft wurden. Diese Wertpapiere waren zunächst von Rating-Agenturen als mit geringem Risiko behaftet bewertet worden - im Verlaufe der Immobilienkrise wurden die Papiere jedoch zunehmend schlechter bewertet und führten damit zu entsprechenden Verlusten in den Bilanzen der Banken.

Immer mehr Subprime-Kredite (Hypothekenkredite mit geringer Bonität) platzten, das Vertrauen in den Wert der mit US-Hypothekenverträgen angeblich besicherten Papiere fiel in den Keller - und damit ihr Preis an den Märkten. In der Folge mussten Banken die Werte dieser Papiere in ihren Büchern teils drastisch nach unten berichtigen, mit der Folge tieferer Zahlen in den Bilanzen. Zwei Hedgefonds der New Yorker Investmentbank **Bear Stearns** hatten sich verspekuliert, weil sie in großem Stil in mit Immobilien besicherten Papieren engagiert waren.

In Deutschland gerieten die **Mittelstandsbank IKB**, die öffentlich-rechtlichen **HSH Nordbank**, **SachsenLB**, die **WestLB**, die **Landesbank Baden-Württemberg** und die **BayernLB** wegen Fehlspekulationen am US-Immobilienmarkt in die Krise.

Im März 2008 musste das Investmenthaus Bear Stearns kurz vor dem Zusammenbruch an die Großbank J.P. Morgan Chase verkauft werden.

Im September 2008 überstürzten sich die Ereignisse: Die US-Regierung musste die Kontrolle bei den insolventen US-Hypothekenbanken **Fannie Mae** und **Freddie Mac** übernehmen. Am **15. September 2008** meldete das 158 Jahre alte Geldhaus **Lehman Brothers** Insolvenz an, Konkurrent Merrill Lynch wurde von der Bank of America aufgekauft. Der US-Leitindex Dow Jones erlitt den stärksten Tagesverlust seit dem 11. September 2001. Als nächstes geriet die US-Versicherung AIG durch Milliardenverluste in akute Kapitalnot und wurde nur durch einen Kredit der US-Notenbank gerettet.

Bankenrettungspakete

Die US-Regierung kündigte am 19. September 2008 ein Rettungspaket für die Finanzbranche an. Das Rettungspaket sollte mit 700 Milliarden Dollar ausgestattet werden. Damit wollte der Staat faule Kredite aufkaufen. Am 26. September fiel die größte Sparkasse der USA, die **Washington Mutual**, der Finanzkrise zum Opfer. Sie wurde von JP Morgan Chase übernommen. Am 1. Oktober 2008 stimmte der US-Senat dem überarbeiteten Rettungsplan für die Banken zu, der zusätzliche 100 Milliarden Dollar für Hausbesitzer und Unternehmen vorsah.

In Deutschland einigten sich die Bundesregierung und die Finanzbranche auf ein erweitertes Rettungspaket für das in Schwierigkeiten geratene ehemalige DAX-Unternehmen Hypo Real Estate, wonach zusätzlich zum vereinbarten Bürgschaftsrahmen von 35 Milliarden Euro die Banken einen Kredit in Höhe von 15 Milliarden Euro gewährten.

Um die Sparer zu beruhigen, stellte die Bundesregierung eine **staatliche Garantie für alle privaten Spareinlagen** in Aussicht. Die EU-Finanzminister beschlossen, "systemrelevante Finanzinstitute" zu unterstützen, und europaweit Spareinlagen von mindestens 50.000 Euro zu garantieren.

Das wirtschaftsliberale Großbritannien beschloss am 8. Oktober 2008 eine Teilverstaatlichung der größten Banken des Landes und ein Hilfspaket mit einem Gesamtvolumen von 500 Milliarden Pfund für die angeschlagenen Institute.

Die Finanzminister der G7 einigten sich am 10. Oktober 2008 auf einen gemeinsamen Aktionsplan zur Überwindung der globalen Finanzkrise. Zwei Tage später beschlossen die Mitgliedsländer der Eurozone auf einem Sondergipfel gemeinsame Regeln für nationale Rettungspläne zugunsten des Finanzsektors. Gemeinsame Ziel war es, Banken vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Die Bundesregierung einigte sich am 13. Oktober 2008 auf ein Banken-Rettungspaket mit einem Volumen von 480 Milliarden Euro. Mit bis zu 400 Milliarden Euro bürgte der Staat für Kredite von Banken untereinander, weitere 80 Milliarden Euro wurden für eine Beteiligung des Staates am Eigenkapital der Kreditinstitute bereitgestellt. Schon nach einer Woche einigten sich Bund und Länder

über die Details des Banken-Rettungsplans, Bundestag und Bundesrat stimmten dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Rekordzeit zu. Wie teuer das Rettungspaket letztendlich für den Steuerzahler wird, ist noch nicht abzusehen.

Das deutsche **Banken-Rettungspaket** umfasste rund 500 Milliarden Euro. Davon entfielen 400 Milliarden Euro auf Staatsgarantien und 80 Milliarden Euro auf staatliche Beteiligungen. Hinzu kamen Kredite in Höhe von 20 Milliarden Euro für mögliche Bürgschaftsausfälle. Hilfen wurden über den "Finanzmarktstabilisierungsfonds" geleistet, der als Sondervermögen des Bundes angelegt war und damit nicht direkt auf den Bundeshaushalt durchschlägt. Die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) kümmerte sich um die Details des Rettungspakets und verwaltete den neuen Fonds. Fachlich und rechtlich untersteht sie dem Bundesfinanzministerium. Die FMSA verhandelte mit den hilfeschuchenden Banken über die Bedingungen der Unterstützung. Der Fond kann Garantien für Verbindlichkeiten gewähren, Anteile der betroffenen Bank erwerben und auf diese Weise deren Eigenkapitalbasis stärken und er kann dem Finanzinstitut Risikopositionen abkaufen. Die Laufzeit des Fonds war befristet bis Ende 2009.

Instituten, die Leistungen des Fonds in Anspruch nehmen, mussten als "Gegenleistung" bestimmte Auflagen erfüllen. Dazu gehörten unter anderem eine Höchstgrenze für Vorstandsbezüge, ein Verzicht auf Bonuszahlungen sowie ein Verzicht auf Dividendenausschüttungen.

Die schwer angeschlagene **Bayerische Landesbank** nahm als erste Großbank das Hilfsangebot der Bundesregierung in Anspruch. Die Bank benötigte nach Aussage des damaligen bayerischen Finanzministers Erwin Huber (CSU) 6,4 Milliarden Euro Unterstützung. Davon sollte der Bund 5,4 Milliarden Euro beisteuern, die restliche Milliarde mussten sich als Eigentümer der Freistaat Bayern und die bayerischen Sparkassen teilen – 700 Millionen vom Freistaat und 300 Millionen von den Sparkassen.

Die Immobilienbank **Hypo Real Estate** war die erste deutsche Privatbank, die das Rettungspaket der Bundesregierung nutzen musste. Sie wurde inzwischen als erste Bank verstaatlicht. Auch die zweitgrößte Privatbank Deutschlands, die **Commerzbank**, nahm die Kapitalhilfe der Bundesregierung in Milliardenhöhe in Anspruch. Zur Stärkung der Kapitalbasis hat das Kreditinstitut eine stille Einlage in Höhe von 8,2 Milliarden Euro in Anspruch genommen. Im Gegenzug zur Nutzung des staatlichen Hilfspakets strich die Commerzbank die Dividenden für 2008 und 2009. Zudem wurden die Vorstandsgehälter auf maximal eine halbe Million Euro begrenzt. Außerdem wurden für 2008 und 2009 keine Boni gewährt. Die **HSH Nordbank** kündigte ebenfalls am 3. November 2008 an, dass sie das staatliche Rettungspaket in Anspruch nehmen will.

Zunächst beteiligte sich der Bund direkt an der Commerzbank. Erstmals wurde in Deutschland ein Kreditinstitut teilverstaatlicht. Die Commerzbank erhielt vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) 10 Milliarden Euro zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung gestellt. Wie die Bank mitteilte, gab sie dazu rund 295 Millionen Stammaktien aus und erhielt eine stille Einlage über rund 8,2 Milliarden Euro.

Verantwortung für das weltweite Finanzdebakel

Die Verantwortung für das weltweite Finanzdebakel tragen viele. Weniger Staat und mehr Liberalisierung, das war überall die Lösung. Warum engagierten sich öffentlich-rechtliche Landesbanken auf dem Markt für risikoreiche Kredite in den USA? Formal dienen die Landesbanken doch nur der Refinanzierung der Sparkassen, dazu haben sie einen öffentlichen Auftrag.

Die deutschen Banken konnten auf Feldern wie dem Privat- und Firmenkundengeschäft keine "auskömmlichen", d.h. von den Vorständen vorgegebene Renditen erzielen. Die Eigenkapitalrendite sollte wie bei der Deutschen Bank utopische 25 Prozent erreichen. Sie engagierten sich daraufhin u.a. in undurchsichtigen amerikanischen Finanzprodukten. Skandalös sind die Bonizahlungen an Banker, die noch 2007 und 2008 Prämien kassiert hatten, obwohl bereits klageworden war, dass ihre Geschäfte zu Verlusten in Milliardenhöhe führen. Fast ausschließlich wurde bisher der kurzfristige Erfolg belohnt. Mittel- und langfristige strategische Ziele wurden aus den Augen verloren.

Deutsche Aufsichtsbehörden, Aufsichtsräte und Vorstände hatten zugelassen, dass die Banken die ihnen gesetzten Regeln umgangen haben. Offensichtlich fehlte es auch an Kompetenz, die eingegangenen Risiken abzuschätzen.

Auch zur Misere beigetragen haben weltweit die Anleger, die mit ihrer Gier auf immer höhere Renditen auf risikoreiche Anlagen spekulierten, ohne zu verstehen, in welche Produkte sie ihr Geld investierten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am 15. Oktober 2008 im Bundestag für das Gesetz zur Stabilisierung der Finanzmärkte geworben. "Wir beschließen umfassende, weitreichende und einschneidende Maßnahmen. Damit schaffen wir Strukturen für eine menschliche Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert", kündigte sie an. Die Weltwirtschaft habe in den vergangenen Wochen ihre schwerste Bewährungsprobe seit den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts erlebt, sagte Merkel in ihrer Regierungserklärung. Damit eine solche Situation nicht wieder eintritt, haben die internationale Gemeinschaft und die Bundesregierung unverzüglich und entschlossen gehandelt. "Es war unsere Pflicht innerhalb kürzester Zeit, ein Maßnahmenpaket in bisher nicht da gewesener Größenordnung auf den Weg zu bringen", betonte die Kanzlerin. Und es habe sich anschließend gezeigt: "Der Staat war und ist die einzige Instanz, um das Vertrauen zwischen den Banken wiederherzustellen. Und zwar zum Schutz der Bürger und nicht zum Schutz von Bankinteressen."

- *Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz (15.10.2008)*

Der Ausblick für das weltweite Wirtschaftswachstum hatte sich signifikant eingetrübt. Deutschland steckte jetzt in einer Rezession. Schon im Herbstgutachten 2008 senkten Wissenschaftler ihre Wachstumsprognosen für 2009 von 1,4 auf 0,2 Prozent. Und dies

war noch optimistisch. Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen für die bisher positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Zwischenzeitlich hatte auch die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose deutlich von 1,2 auf nur noch 0,2 Prozent reales Wachstum für das kommende Jahr gesenkt. Wirtschaftsforschungsinstitute rechneten jetzt damit, dass das Bruttoinlandsprodukt 2009 um zwei Prozent sinkt. Die Arbeitslosenzahl könnte damit um mehr als eine halbe Million steigen. Für 2010 wurde mit einem leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gerechnet.

Erste Auswirkungen hatte die Wirtschaftskrise auf die Automobilindustrie und ihre Zulieferfirmen. Zwar schwächelte der Absatz neuer Fahrzeuge aufgrund der gestiegenen Ölpreise schon seit Monaten, seit September 2008 waren Absatzrückgänge teilweise dramatisch. Die Autobauer drosselten ihre Produktion und schickten ihre Mitarbeiter in eine Zwangspause. Gut ein Drittel der deutschen Unternehmen erwartete 2009 ein Produktionsminus und wollte Arbeitsplätze abbauen. Im Oktober 2008 brachen die Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat um sechs Prozent ein, im November gingen die Auftragseingänge erneut um weitere sechs Prozent zurück. Im Jahresvergleich betrug das Minus sogar knapp 30 Prozent, und auch die Exporte gingen stark zurück. Deutschland als größte Exportnation der Welt war besonders von den Ausfuhren abhängig.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel erwartete für 2009 in punkto Konjunktur und Wirtschaftslage zunächst wenig Erfreuliches. **"Wir müssen damit rechnen, dass das kommende Jahr, zumindest in den ersten Monaten, ein Jahr schlechter Nachrichten wird"**, sagte Merkel in einem Interview mit der "Welt am Sonntag". Die wirtschaftliche Entwicklung lasse sich derzeit noch unsicherer vorhersagen als sonst. Das gelte für die Weltwirtschaft, für Europa und auch für Deutschland. Nach der Kanzlerin hat auch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) die Deutschen auf harte wirtschaftliche Zeiten eingestimmt. "Wir sind in einer Rezession, und es liegt ein schweres Jahr 2009 vor uns", sagte er dem Berliner "Tagesspiegel". Wann die schlimmsten Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise überstanden seien, könne "niemand sagen".

Merkel sollte recht behalten. Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland war 2009 im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozent gesunken, der stärkste Rückgang der Nachkriegszeit.

Konjunkturprogramme

Um die deutsche Wirtschaft zu stützen, hatte die Bundesregierung ein erstes Konjunkturprogramm beschlossen. Ziel dieser "zielgerichteten Impulse für Wachstum und Beschäftigung" waren in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge an Unternehmen mit einer geplanten Höhe von 23 Milliarden Euro zu fördern. Darin waren Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, Darlehen für Gebäudesanierungen, Steuererleichterungen für Handwerker und eine Aussetzung der KFZ-Steuer für neu erworbene Autos vorgesehen. Erst ab dem Jahr 2011 sollte die KFZ-Steuer auf eine CO₂- und schadstoffbezogene Besteuerung geändert werden. Geringere Steuereinnahmen und die zusätzlichen Ausgaben führten dazu, dass das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2011 nicht mehr erreicht werden konnte.

Der Bundestag billigte am 5. Dezember 2008 mit den Stimmen von Union und SPD das bisherige Maßnahmenpaket. Es kostete die öffentlichen Haushalte bis zum Jahr 2012 insgesamt 23 Milliarden Euro. Die Bundesregierung hoffte, mit den Hilfen in den nächsten zwei Jahren Investitionen von 50 Milliarden Euro anzustoßen.

Beim EU-Gipfel in Brüssel am 12. Dezember 2008 hatten sich die 27 Mitgliedsstaaten auf ein Konjunkturpaket von 200 Milliarden Euro geeinigt. Damit folgten die Staats- und Regierungschefs dem Vorschlag von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Die Wirtschaftshilfen sollten sich auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts belaufen. 170 Milliarden davon sollten die Mitgliedstaaten aufbringen, 30 Milliarden kamen aus dem EU-Haushalt. Wie viel Geld tatsächlich an Bürger und Unternehmen floss, bleibt offen, denn die bereits beschlossenen nationalen Programme wurden angerechnet.

Mit dem größten Konjunkturprogramm der Nachkriegsgeschichte wollen Union und SPD die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise abmildern. In der Nacht zum 13. Januar 2009 beschlossen die Koalitionsspitzen ein zweites Konjunkturprogramm in der Größenordnung von 50 Milliarden Euro. Finanziert wird es mit zusätzlichen Schulden.

Das Konjunkturpaket II sah unter anderem

- Steuer- und Abgabensenkungen für Bürger und Wirtschaft im Umfang von jeweils neun Milliarden Euro vor. Die Steuerentlastungen sollten zum 1. Juli 2009 kommen.
- Der Eingangsteuersatz wurde von 15 auf 14 Prozent gesenkt.
- Die Tarifkurve bei der Einkommensteuer sollte abgeflacht werden. Damit sollte die "kalte Progression" abgemildert werden, die dazu führt, dass ein Großteil der Lohnerhöhungen durch schnell steigende Steuersätze aufgeessen werden.
- Der Grundfreibetrag sollte von 7.664 auf 8.004 Euro steigen.
- Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sollte um 0,6 Prozentpunkte von 15,5 auf 14,9 Prozent sinken.
- Für jedes Kind wurde ein einmaliger Bonus von 100 Euro gezahlt.
- Hartz-IV-Empfänger bekamen je Kind zwischen sechs und 13 Jahren künftig 35 Euro mehr im Monat.
- Umweltprämie: Wer ein neun Jahre altes Fahrzeug verschrotten lässt und einen umweltfreundlichen Neu- oder Jahreswagen kauft, erhält 2.500 Euro.
- Ein öffentliches Investitionsprogramm im Volumen von 17 bis 18 Milliarden Euro, getragen von Bund, Ländern und Gemeinden sollte in die Sanierung von Schulen und Hochschulen fließen, aber auch in die Sanierung von Verkehrswegen und in die Breitbandtechnologie.
- Schutzschirm für Unternehmen: Um Engpässe bei der Finanzierung durch Banken abzuwehren, sollte ein Kredit- und Bürgschaftsprogramm aufgelegt werden.

Der Bundestag hatte das Paket am 13. Februar 2009, der Bundesrat am 20. Februar verabschiedet. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hatte Ende Januar 2009 einen Nachtragshaushalt eingebracht, um auch das zweite Konjunkturpaket finanzieren zu können. Die Höhe der Neuverschuldung lag 2009 bei 50 Milliarden Euro und war damit die höchste Nettoneuverschuldung in der

Geschichte der Bundesrepublik.

Gleich nach Beginn ihrer Regierung im Herbst 2009 hat die Koalition aus Union und FDP ein **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** auf den Weg gebracht. Es bestand aus

- einer Erhöhung des Kindergelds um 20 Euro ab dem 1. Januar 2010,
- einer Erhöhung des Kinderfreibetrags,
- Geschwister sowie Nichten und Neffen sollten erbschaftssteuerlich künftig besser behandelt werden,
- Firmenerben sollten entlastet werden,
- es gab Steuerermäßigungen für Unternehmen
- und eine niedrigere Mehrwertsteuer für Hotels.

Bundestag und Bundesrat hatten dem umstrittenen Gesetz zugestimmt. Die prognostizierten Steuerausfälle von rund 8,4 Milliarden Euro mussten - neben dem Bund - auch von Ländern und Gemeinden getragen werden. Die Länderhaushalte belastete das mit bis zu 2,3 Milliarden Euro, die der Gemeinden mit bis zu 1,6 Milliarden Euro. Finanziert wurden die Entlastungen durch neue Schulden.

Eurokrise

Die Schuldenkrise in Europa wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 verstärkt. Durch diese wurden die Schulden der meisten Staaten in der Europäischen Union immer weiter in die Höhe getrieben. Die Unterstützungen für die Banken, die Konjunkturförderung, die Kosten der steigenden Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen führten dazu, dass viele Mitgliedsländer einzelne Maastricht-Kriterien nicht mehr einhalten konnten.

Die Euro-Krise ist vor allem eine Verschuldungskrise. Einige Mitgliedstaaten der Eurozone sind nicht mehr in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und sind auf die Unterstützung der Euro-Partner, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. Diese suchen seit Beginn der Krise nach einer dauerhaften Lösung, um die gemeinsame Währung, den Euro, weiterhin stabil zu halten.

mehr

Links

- *Auswege aus der Finanzkrise*
Hintergrund aktuell (13.10.2008)
(Bundeszentrale für politische Bildung)
- *Finanzkrise: Europa sucht nach Antworten*
Hintergrund aktuell (06.10.2008)
(Bundeszentrale für politische Bildung)
- Dossier Finanzmärkte
Die Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten
(Bundeszentrale für politische Bildung)
- *Vom US-Immobilien- zur weltweiten Wirtschaftskrise*
tagesschau
- *Weltfinanzkrise*
Spiegel Online

Unterricht

- *Schwarzer Montag schürft neue Ängste*
Wirtschaft aktuell im Unterricht
(Handelsblatt)
- *Europas Staaten retten Banken*
Wirtschaft aktuell im Unterricht
(Handelsblatt)

Publikation



Reihe BAUSTEINE:
"Störfall im Finanzsystem"

Die Euro-Krise



Die Staatsschuldenkrise der Euroländer lenkt den Blick auf Europa. Die Lösung der aktuellen Krise erfordert dabei weitreichende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen in der EU und in den Euro-Mitgliedstaaten.
mehr

AKTUELL INFORMIERT
www.politische-bildung.de



Politikthemen

Wahlen
Dossiers
Geschichtsdossiers
Archiv Dossiers
LpB nach Themen
Spezial-Portale

Landeszentrale

Auf einen Blick
Kontakt /
Öffnungszeiten
Abteilungen
Fachbereiche
Mitarbeitende
Tagungszentrum
Kuratorium
Landesnetzwerk
Presse
Newsletter Archiv
Praktika
Stellenbörse
Ausschreibungen -
Vergaben

Publikationen/Shop

Neue Produkte
Alle Produkte
Buchreihen
Zeitschriften
Bausteine - Materialien
Planspiele
Dokumentationen
Sonstige Publikationen
Spiele
Lernmedien
Faltblätter
E-Books
Downloadbereich
Allg.
Geschäftsbedingungen

Veranstaltungen

Alle Veranstaltungen
Offene
Veranstaltungen
Bildungsreisen
... im Haus auf der Alb
Für bestimmte
Zielgruppen
Politische Tage
E-Learning
Ausstellungen
Veranstaltungen:
Rückblicke

Projekte

Übersicht
Erstwählerkampagne
„Läuft bei Dir!“
Lernort Kommune
Beteiligungs-Dings
Integrationsprojekt i-
Punkt

Links

Politik
Politische Bildung
Baden-Württemberg
Onlinespiele

Folgen Sie uns auf

